

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1889**

6.12.1889 (No. 334)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 6. Dezember.

№ 334. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Voranschlagung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung. Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1889. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

## Ämtlicher Theil.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 26. v. Ms. ist Folgendes bestimmt:

Infanterie-Regiment von Lützow (1. Rhein.) Nr. 25:  
Dr. Kettner, Oberstabsarzt 2. Klasse und Regimentsarzt, zum 2. Badischen Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm 1. Nr. 110 versetzt.

Landwehr-Bezirk Mosbach:  
Dr. Steffed, Assistenzarzt 2. Klasse der Reserve, — Landwehr-Bezirk Heidelberg:  
Seydweiller, Assistenzarzt 2. Klasse der Reserve, — Dr. Meyer, Assistenzarzt 2. Klasse der Landwehr

1. Aufgebots, — Landwehr-Bezirk Bruchsal:  
Dr. Bittersack, Assistenzarzt 2. Klasse der Landwehr

1. Aufgebots, — Landwehr-Bezirk Karlsruhe:  
Dr. Dreßler, Assistenzarzt 2. Klasse der Landwehr

1. Aufgebots, — Landwehr-Bezirk Offenburg:  
Mosser und Dr. Schmidt, Assistenzärzte 2. Klasse der Reserve, — zu Assistenzärzten 1. Klasse befördert.

## Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 5. Dezember.

Bei dem Besuche Seiner Majestät des Kaisers in Dessau ist die Erinnerung an die alten historischen Verbindungen des askanischen Hauses mit der Geschichte Brandenburgs und Preußens neu belebt worden. Ein Telegramm aus Dessau berichtet uns hierüber: Bei der gefrigen Postafel erwiderte der Kaiser den Toast des Herzogs mit herzlichem Danke; Allerhöchsterseits betonte, Anhalt sei dasjenige Land, zu dem Brandenburg-Preußen die ältesten Beziehungen habe; hätte doch das askanische Haus glorreich in der Mark regiert und dort den Grund gelegt, auf welchem die Hohenzollern weiterbauen konnten. Der Kaiser feierte in ehrenreichen Worten das Andenken des Feldmarschalls Fürsten Leopold von Anhalt, den Lehrmeister der preussischen Armee.

Wir theilten schon mit, daß der spanische Finanzminister Benancio Gonzalez seine Entlassung genommen und der Ministerpräsident Sagasta die Leitung des Finanzministeriums provisorisch übernommen habe. Man erblickt in dem Ausscheiden des Herrn Gonzalez den Beginn einer theilweisen Reorganisation des spanischen Ministeriums und hält sich darauf vorbereitet, daß Sagasta eine Erneuerung des Kabinetts auf breiterer Grundlage vornehmen wird. Die letzten politischen Vorgänge in Spanien leisten dieser Meinung Vorbehalt. In den Kreisen der Madrider Politiker wird die Eventualität einer Umbildung des Ministeriums ganz zwanglos erörtert; man sagt, daß dem Konseilspräsidenten Sagasta kein anderes Mittel, die schlechende Kabinettskrise zu beschwören, übrig bleibe. Die Hauptschwierigkeit für den leitenden Staatsmann liegt in der Unmöglichkeit, alle Ansprüche der liberalen Gruppenführer zu befriedigen; dazu würde selbst eine Verdoppelung der Zahl der Ministerposten kaum hinreichen. Der Unmuth über vermeintlich erfahrener Zurücksetzungen gilt mit als eine Hauptquelle der herrschenden parlamentarischen Schwierigkeiten. Um diese Quelle wirksam zu verstopfen, hat Sagasta in letzter Zeit Annäherungsversuche an die liberalen Dissidenten, und wie es scheint, nicht ganz ohne Erfolg, unternommen. Dieser Umstand, in Verbindung mit der Thatsache, daß die Königin-Regentin einem Ausgleich des im Schoße der liberalen Partei herrschenden Zerwürfnisses nicht abgeneigt ist, hat genügt, um das Mißtrauen der Republikaner gegen Sagasta zu hellen Flammen anzufachen. Letztere sind überhaupt durch den Sturz der brasilianischen Monarchie aus Rand und Band gerathen und geben sich, als wären sie binnen Kurzem uneingeschränkte Herren der Lage. Dieser Großprahlerei würde die Herstellung eines Kompromisses zwischen Sagasta und den liberalen Dissidenten einen kräftigen Dämpfer aufsetzen. Was in dieser Hinsicht etwa geschehen kann und soll, wird aber bald, jedenfalls noch vor Eintritt der parlamentarischen Weihnachtsferien, geschehen müssen, damit man mit der Budgeterledigung nicht zu sehr in den Rückstand gerathe. Uebrigens hat die obstruktive Thätigkeit der Kabinettsgegner in den letzten neuerdings ziemlich nachgelassen. Bei den liberalen Dissidenten hängt das mit den Annäherungsversuchen Sagasta's zusammen, deren erfolgreicher Ausgang diese Gruppe ganz auf die Seite des Kabinetts führen

würde. Aber auch die Konservativen zeigen sich über Erwarten entgegenkommend, diese freilich aus einem ganz anderen Grunde. Sie glauben nämlich nicht an den Erfolg der Annäherungspolitik Sagasta's, meinen aber, daß ein flotterer parlamentarischer Geschäftsgang um so eher den Zeitpunkt heranbringen werde, wo das Ministerium Sagasta abgewirtheftet und die Reihe wiederum an die Konservativen kommen würde. Jedenfalls ist die Situation eine zu gespannte geworden, als daß sie ad infinitum so fortbauern könnte. An ihrer Neugegaltung ist um so weniger zu zweifeln, als zu viele einflussreiche Politiker daran persönliches Interesse nehmen — und das ist ein Moment, welches in Spanien von jeher schwer in die Waagschale der Entscheidung zu fallen pflegt.

## Deutschland.

Berlin, 4. Dez. Seine Majestät der Kaiser ist heute Vormittag 11 Uhr mittelst Sonderzuges von der Wildparthation über Magdeburg nach Dessau abgereist. Im Gefolge Seiner Majestät befanden sich der Minister des königlichen Hauses, v. Wedell-Piesdorf, Viceoberjägermeister Freiherr v. Heinze, die Generaladjutanten Generalleutnants v. Pahlke und v. Wittich, der Chef des Generalstabes, General der Kavallerie Graf v. Waldersee, die Flügeladjutanten Generalmajor Graf v. Wedel und Oberlieutenant v. Lippe und der Generalarzt Professor Dr. Leuthold.

Die hiesige Blätter mittheilen, hat Seine Majestät der Kaiser heute Vormittag am Emin Pascha und Stanley, welche letzteren er bei dessen letztem Aufenthalte in Berlin vor vier Jahren kennen gelernt hat, aus Anlaß ihrer bevorstehenden glücklichen Ankunft an der Küste zwei sehr herzlich gehaltene Begrüßungsgramme gerichtet. Der Kaiser spricht den beiden Fürstern seine Theilnahme an ihren schicksalen aus, beglückwünscht sie zur Beendigung ihrer gefährlichen Reise und entbietet ihnen ein Willkommen in der civilisirten Heimath. (Emin Pascha und Stanley sind nach einer Depesche aus Sansibar heute in Bagamoyo eingetroffen.)

Ihre Majestät die Kaiserin Augusta wird am nächsten Montag, Abends 7 Uhr 10 Minuten, Coblenz verlassen und am Dienstag Morgen 7 Uhr 30 Minuten hier auf dem Potsdamer Bahnhof eintreffen. Die Fahrt geht über Siegen, Kreienzen, Magdeburg. In Siegen wird der Thee eingenommen. Der kaiserliche Sonderzug hat in Siegen 20 Minuten Aufenthalt (von 9 Uhr 40 Minuten bis 10 Uhr). Empfang findet, wie üblich, nirgends statt.

Aus Neapel wird gemeldet, daß Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich mit den Prinzessinnen-Töchtern an Bord der „Surprise“ dort angekommen und von den Behörden empfangen worden ist.

Der „Hamburgische Korrespondent“ erklärt die gestrigen Vörlagerungen von einer Erkrankung Seiner Durchlaucht des Fürsten Bismarck für vollständig erfinden. Das Befinden des Fürsten sei vorzüglich; derselbe mache täglich Spaziergänge. Fürst Bismarck hat gerade in letzter Zeit auch mehrfach Besuche amtlicher Persönlichkeiten in Friedrichsruhe erhalten.

Am morgigen Tage sind es 25 Jahre, seitdem Herr v. Dechend die Bank, d. h. die preussische Bank und die aus dieser hervorgegangene Reichsbank leitet, denn die Allerhöchste Kabinetts-Ordre, welche ihn aus der Stellung des Vicepräsidenten des damaligen königlichen Hauptbankdirektoriums zu dem Amte eines Präsidenten dieser Behörde berief, datirt vom 5. Dezember 1864. Der Jubilar, welcher bekanntlich vor drei Jahren sein 50jähriges Dienstjubiläum unter großer Theilnahme der verschiedensten Kreise feierte, steht im 76. Lebensjahre, erfreut sich aber großer Rüstigkeit, wie soeben erst die Verhandlungen im Reichstage bewiesen haben. Daß ein Beamter in so hoher Stelle 25 Jahre jungirt, ist eine große Seltenheit. Dies, aber auch die bedeutenden Erfolge, welche die Bankverwaltung unter Leitung des Herrn v. Dechend aufzuweisen hat, sichern der Jubelfeier allgemeine Theilnahme. Wie Berliner Blätter hören, werden von verschiedenen Seiten Ovationen vorbereitet.

In der Nacht zum 27. November verschied, wie aus Konstantinopel gemeldet wird, der Assistenzarzt erster Klasse Dr. Bobo v. Harbon von S. M. Fahrzeug „Doreley“ nach kurzem, schwerem Krankenlager. Das Offiziercorps widmete dem Entschlafenen einen ehrenvollen Nachruf.

Die Erneuerung des Wahlkartells betreffend erläßt der Centralvorstand der nationalliberalen Partei heute in den Parteiblättern eine Veröffentlichung, die mit der von uns schon mitgetheilten Veröffentlichung des Centralvorstandes der Reichspartei identisch ist. Ebenso wird der Beschluß zur Erneuerung des Kartells in der

„Konservativen Korrespondenz“ von Partei wegen mitgetheilt.

In der Reichstagskommission für die Sozialistenvorlage beantragten heute die Konservativen, den § 24 der Regierungsvorlage, die Ausweisung betreffend, wieder herzustellen. Im Verlaufe der Debatte erklärte der Abg. Windthorst, daß er aus taktischen Gründen in zweiter Lesung gegen die Regierungsvorlage stimmen werde. Der Antrag Hegel wurde abgelehnt und § 24 somit auch in zweiter Lesung gestrichen. Das ganze Gesetz wurde darauf mit 13 gegen 8 Stimmen angenommen.

Der „Reichsanzeiger“ gibt bekannt, daß der Bundesrath am 14. November beschlossen hat, der Kameruner Land- und Plantagen-Gesellschaft die Fähigkeit beizulegen, Rechte am Eigenthum und andere dingliche Rechte an Grundstücken zu erwerben, Verbindlichkeiten einzugehen u. Nach einem gleichzeitig veröffentlichten Auszuge aus dem Gesellschaftsvertrage sind Mitglieder der Gesellschaft, die persönlich haftenden Gesellschafter und Kommanditisten der früheren Kameruner Land- und Plantagen-Gesellschaft Börmann, Thormählen u. Komp., die zusammen 280 000 M. Antheile erwarben. Das Vermögen der früheren Gesellschaft geht mit allen Rechten und Pflichten auf die gegenwärtige über.

Gestern Abend fand wiederum beim Staatsminister Grafen Bismarck ein parlamentarisches Fest statt, das glänzend verlief. Der „Kölnischen Zeitung“ berichtet man über das Fest:

Der gestern erfolgte erneute Abschluß des Kartellvertrages, das bevorstehende Einbringen der Dampfervorlage, die Ausschichten des Sozialistengesetzes, die neuesten Depeschen über das Zusammentreffen von Emin Pascha und Stanley mit Baron v. Graevenreuth im Moso und ihr bevorstehendes Eintreffen an der Küste wurden an den verschiedenen Tischen lebhaft besprochen. Zu allseitiger Genugthuung wurde festgestellt, daß die gektren an der Berliner Börse verbreiteten Gerüchte über eine Erkrankung des Fürsten Bismarck jeder Begründung entbehrten. Besondere Bewunderung erregten kostbare alte Stoffe und Stickerien, die der Staatssekretär auf der letzten Orientreise in den Stambuler Bazars erstanden hatte; auch einige aus Weiskalen herrührende ausgekostete Exemplare von Steppenbüchern fanden in Kreisen der Jagdfreunde lebhaft Beachtung. Die Kartellparteien waren gestern Abend besonders zahlreich vertreten. Von Nationalliberalen bemerkten wir die Abgeordneten Böhm, Born, Dr. Bärlin, Clemm, Diffené, Dommes, Enneccerus, Gebhard, Götz, Haarmann, Hahndt, Henneberg, Keller, Krufe, Kulemann, Kurlbaum, Sedlmayr sowie den Landtagsabgeordneten Weber; vom Fortschritt waren Ridert, Witte und der Direktor des Aquariums, Dr. Hermes, vom Centrum u. A. Febr. v. Duene, Dr. Riber, von den Konservativen der Erbprinz, Hohenlohe-Dehringen, Prinz zu Solms-Braunfels, Graf Mirbach, von der deutschen Reichspartei die Abgeordneten Freiherr v. Ecardstein, Camp, Freiherr v. Du und v. Rheinbaben und manche andere Persönlichkeiten erschienen. Der Bundesrath war durch den Minister v. Voeltcher, den Staatssekretär Dr. v. Stephan, die Gesandten Sachsens und Badens vertreten, ebenso war der Chef des Generalstabes der Armer, Graf Waldersee, der Chef des Civilkabinetts, Dr. v. Lucanus, und vom Militärkabinet der Flügeladjutant v. Bülow, ferner der Erbprinz v. Fürstberg, der Direktor der königlichen Museen, Dr. Bode, der Vorkämpfer in Konstantinopel, v. Radowits, der Kammerherr v. Mohl u. s. w. erschienen. Wie bei den früheren Festen, waren fast alle höheren Beamten des auswärtigen Amtes sowie die Vorsteher der Bureau desselben anwesend und eifrig bemüht, die Gäste ihres Chefs aufs liebenswürdigste aufzunehmen. Erst in später Stunde fand das Fest seinen Abschluß.

Den „Berl. Pol. Nachr.“ zufolge dürfte demnächst ein neues Regulativ über den zoll- oder steueramtlichen Verkehr derjenigen Schiffe, welche den Rhein und seine Nebenflüsse befahren, erlassen werden.

Ueber die Vorgeschichte des Kaiserbesuches in Konstantinopel machen die „Hamburgischen Nachrichten“ einige interessante Mittheilungen. Neuerdings war in einigen Blättern die Nachricht von einem Gegenbesuch des türkischen Sultans bei Kaiser Wilhelm aufgetaucht. Demgegenüber können die „Hamb. Nachr.“ mit aller Bestimmtheit erklären, daß diese Frage niemals, in keinerlei Form, Gegenstand der Erörterung zwischen den beiden Höfen gewesen ist. Sie berichten folgendes:

In den Dezembertagen des vergangenen Jahres befand sich der deutsche Contreadmiral Hollmann mit seinem Stabe in Konstantinopel als Gast des Sultans und war hier der Gegenstand vielfacher Auszeichnungen seitens des Souveräns. Nach einem Essen, zu welchem der Admiral bei dem Großherrn geladen war, sagte ihm dieser, er möge in Berlin dem Kaiser sagen, wie große Freude es ihm, dem Sultan, bereiten würde, wenn der Kaiser einmal nach Konstantinopel käme, er würde darin einen Beweis besonderer Freundschaft erblicken. Die Worte waren in solchem Tone an Admiral Hollmann gerichtet, daß sie über die Art gewöhnlicher Höflichkeit weit hinausgingen — jedenfalls enthielten sie für den Empfänger einen Auftrag. Kaiser Wilhelm nahm den Plan mit einer Art Begeisterung auf, in welcher er durch den von Jugend auf erbeten Wunsch seiner hohen Gemahlin, Konstantinopel zu sehen, noch gefördert wurde. Der Reichskanzler, welchem von dem Auftrage Mittheilung ge-

macht wurde, schloß sich ganz den Wünschen des Kaisers an und er befehlte sofort das aufgetauchte Bedenken in Betreff des Gegenbesuches, indem er meinte, da der Kaiser befreundete Höfe besuche, so thue er dies nicht, um ihnen irgend eine vielleicht lästige Verpflichtung aufzuerlegen; wenn Erwägungen staatlicher oder religiöser Natur den Sultan bestimmten, sein Land nicht zu verlassen, so müßten diese eben geübt werden und der Deutsche Kaiser sei der Letzte, dies nicht zu thun. Nach warmem Danke für die liebenswürdige Einladung ruhete die Angelegenheit, bis die Kaiserreise nach Athen so gut wie entschieden war. Um diese Zeit gab Ali Nizami Pascha in Berlin nochmals dem Wünsche seines Herrn Ausdruck und erhielt damals eine Art prinzipielle Zusage. Thatsache ist, daß die Erwiderungsfrage niemals in irgend welcher offiziellen Form zur Sprache gekommen ist, wie überhaupt alle Einzelheiten des Empfanges und der Etikette erst erörtert wurden, als die Frage des Besuchs selbst schon fest stand.

**Dresden, 4. Dez.** Auf die Interpellation der sozialdemokratischen Abgeordneten wegen des Erlasses des Amtshauptmanns in Chemnitz, das Verbot öffentlicher gegen Gewerbetreibende gerichteter Verrufserklärungen betreffend, erklärte der Staatsminister Köstlich-Wallwitz in der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer, daß er die Beantwortung ablehne, da in einem Straffalle die richterliche Entscheidung provokirt und eine Erörterung daher nicht zweckmäßig sei.

**Dessau, 4. Dez.** Seine Majestät der Kaiser wurde heute Mittag bei Allerhöchster Anwesenheit am Bahnhofe von Ihren Hoheiten dem Herzog und der Herzogin empfangen und theilte unter dem Ausdruck seines Bedauerns mit, daß Ihre Majestät die Kaiserin durch eine leichte Unpäßlichkeit abgehalten worden sei, an der Fahrt theilzunehmen. Nachdem der Kaiser die Front der Ehrenkompagnie abgesehen war und die letztere defilirt hatte, wurde die Fahrt in die geschmückte Stadt angetreten. Eine prächtige Ehrenpforte war am Kriegerdenkmal errichtet und dort 30 Jungfrauen aufgestellt, welche dem Kaiser Blumen überreichten. Oberbürgermeister Junf hielt eine Rede, worin er sagte, daß die Hohenzollern Dessau oft besucht, daß die Anhaltischen Fürsten die Geschichte Dessaus und Anhalts enge an Preußen geknüpft hätten und daß sie den besten Ueberlieferungen ihres Hauses gefolgt wären, als sie das Land dem neuen Reiche anfügten. Seit dieses erstanden, habe sich Dessau aus kleinen Verhältnissen zu einer Industriestadt entwickelt. Für die Fürsorge des Kaisers für die Verbesserung der Lage der Arbeiter und die Erhaltung des Weltfriedens müsse daher Dessau als Stadt der gewerbefleißigen Arbeit dankbar sein. Darum schalle auch dem Monarchen aus vollem Herzen der Jubel der Bewohner entgegen, die in guten und bösen Tagen zu Kaiser und Reich stehen würden. Nach einem Aufenthalt im Schlosse trat der Kaiser mit dem Herzog und der Herzogin eine Umfahrt durch die Stadt an.

#### Schweiz.

**Bern, 4. Dez.** Die (telegraphisch im Auszuge mitgetheilte) Antwort des Bundesrathsrathes Droz auf die Anfrage des Obersten Müller im Nationalrathe lautete: „Ich habe die Antwort, welche der Staatssekretär Graf v. Bismarck auf die vom Reichstag an ihn betreffs der Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz gerichteten Fragen abgegeben, im stenographischen Bulletin des Reichstages wiederholt und aufmerksam gelesen, ohne aus derselben den Sinn herauszufinden, welcher ihr von anderer Seite beigelegt wird, nämlich daß zwischen beiden Staaten zum Zwecke eines gemeinschaftlichen Vorgehens gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie Vereinbarungen getroffen seien oder getroffen zu werden im Begriffe seien. Graf v. Bismarck konnte auch nicht eine Ansicht äußern, welche den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen würde. Sie wissen aus unserer Antwort auf die Interpellation Kingli vom verflohenen Juni und aus unserer der Öffentlichkeit übergebenen Note vom 10. Juli 1889, die unser letztes Wort in dieser Angelegenheit gewesen ist, welche Stellung wir in unseren Auseinandersetzungen mit Deutschland eingenommen haben. Sie haben sich auch damit in voller Sachkenntnis vollkommen einverstanden erklärt. Seither hat sich mit Bezug auf die Fragen, welche Gegenstand unseres Notenwechsels mit Deutschland waren, nichts weiteres zugetragen. Insbesondere sind noch keine Schritte zur Erneuerung des Niederlassungsvertrages gethan worden und wir gewärtigen nun, was in dieser Richtung geschehen wird. Es gereicht mir übrigens zur Befriedigung, im allgemeinen zu konstatiren, daß unsere Beziehungen zu Deutschland wieder die früheren, wie sie vor dem Zwischenfall Wohlgeunth bestanden, geworden sind.“ Nationalrath Müller dankte für diese Aufklärungen und konstatierte, daß die Schweiz stets bereit sei, ihre internationalen Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, aber auch entschlossen, mit Niemanden einen Bund oder eine Bundesgenossenschaft behufs Unterdrückung politischer Gedanken oder Bestrebungen einzugehen. Damit war der Zwischenfall erledigt.

#### Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 4. Dez.** Die meisten Blätter erblicken in dem gestern dem Reichsrathe vorgelegten Budget einen unlegbaren Fortschritt der Finanzlage, deren Konsolidirung nunmehr auf dauernde Grundlagen gestellt sei. Die „Neue Freie Presse“ bemängelt nur den mit Rücksicht auf die Erhöhung der Einnahmen zu geringen Ueberschuß, während die „Presse“ den gegen das Vorjahr gewachsenen Ueberschuß angesichts der bedeutenden Ausgaben für militärische, wirtschaftliche und kulturelle Zwecke als eine wichtige Erscheinung ansieht.

#### Belgien.

**Brüssel, 4. Dez.** Der Antislavereikonferenz be schäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Frage der Öffentlichkeit seiner Verhandlungen sowohl wie der

Berathungen der beiden Kommissionen. Der Kongreß erhielt die Mittheilung von der Ankunft der italienischen Delegirten, Schiffskapitän Baron Brochetti. Verschiedene englische Antislavereigesellschaften widmeten dem Kongreß ihre Publikationen. Der Präsident theilte ferner dem Kongreß die Adresse mit, welche der deutsche Kongreß in seiner am 25. November zu Köln abgehaltenen Versammlung beschlossen hat. — In der Zweiten Kammer interpellirte der Liberale Bara heute wegen der Amtsentsetzung des Polizeichefs Gantier de Rasse. In der Begründung seiner Interpellation gab Bara nochmals ein Resumé des Sozialistenprozesses in Mons, welchen er ein großes Komplott nannte. Er wies in längerer Auseinandersetzung alle dem abgesetzten Polizeichef Gantier de Rasse zur Last gelegten Beschwerden zurück. Derselbe habe keinen Anlaß gehabt, der Regierung unvollständige Berichte zu liefern, die Regierung ihrerseits habe aber amtliche Aktenstücke, welche ein grelles Licht auf die ganze Angelegenheit geworfen hätten, verborgen gehalten. Bara bestritt dem Parquet das Recht, sich in das Verhalten der ministeriellen Beamten einzumischen. Der Minister habe nur Rache geübt, und die Rechte der Kammer begehe eine Ungerechtigkeit, wenn sie das Ministerium in Schutz nehme. Der Justizminister Lejeune verlas hierauf einen Brief des Generalprokurators, worin letzterer die ganze Verantwortlichkeit für die Angelegenheit für sich in Anspruch nimmt und den Wunsch ausdrückt, daß diese Erklärung in der Kammer verlesen werde. Der Minister fügte hinzu, die Rechte der Kammer und das Parquet sind durch ihre Ehre mit dem Ministerium verbunden. Die Regierung sei nicht früher eingeschritten, weil sie volles Licht in die Sache bringen wollte. Der Minister erklärte ferner, der Chef der öffentlichen Sicherheit habe kein Recht gehabt, sich der Staatsarchiv zu bedienen; die betreffenden Aktenstücke seien gesalbt. Die Sitzung wurde danach auf morgen vertagt. An den Eingängen der Kammer hatte sich eine immer mehr zunehmende Menschenmenge angesammelt, doch kam es zu keinerlei Kundgebung; die angrenzenden Straßen waren von zahlreichen Polizeimannschaften besetzt.

#### Frankreich.

**Paris, 4. Dez.** Dem „Journal des Débats“ zufolge beschloß der Marineminister im Einverständnis mit dem Minister des Aeußern, ein Kriegsschiff nach Brasilien zu schicken. Das „Journal des Débats“ spricht sich gegen diesen Beschluß aus, der unnütz und nur geeignet sei, die guten Beziehungen zu Brasilien zu beeinträchtigen. (Wie jetzt ist auch keine Gefahr für die fremden Staatsangehörigen in Brasilien vorhanden, wie das Verhalten der deutschen Regierung zeigt, die davon Abstand genommen hat, nach dem Beispiele Portugals ein Kriegsschiff nach Rio de Janeiro zu schicken.) — Der Kammerausschuß von 33 Mitgliedern zur Vorberathung der Kredite und Finanzfragen (der provisorische Budgetausschuß) wählte gestern den Opportunisten Jules Roche mit 21 Stimmen zum Vorsitzenden. Ribot wurde mit 21, Felix Faure mit 16 Stimmen zu Vizepräsidenten gewählt. Von den 33 Mitgliedern, aus welchen der Ausschuß zusammengesetzt ist, gehören 5 der Rechten und 2 der radikalen Linken an; die übrigen 26, also die überwiegende Mehrheit, sind gemäßigter Republikaner oder Opportunisten. Der „Temps“ tadelt, daß die Kammer so viele Zeit zu den Wahlprüfungen verbraucht. Wenn man allen Gehässigkeiten, allen Gerüchten und kleinen Intrigen, die bei Wahlen spielen, den Zutritt zur Tribüne gestatte, werde man ewig nicht fertig werden. Aber nicht allein deshalb halte sich die öffentliche Meinung über die Langsamkeit dieser Arbeit auf; es fehle auch bei den Entscheidungen der Kammer an einer bestimmten Jurisdiktion, einer festen Regel, einem allgemeinen Maßstab, der unparteiisch und unterschiedslos auf die Wahlen Anwendung finde. Dem Publikum komme es vor, als ob die schließliche Entscheidung, die oft nur mit schwacher Mehrheit getroffen werde, weit mehr von äußeren Umständen als von der Natur der Sache selbst abhänge. So sei es nicht zu verwundern, daß ein Abgeordneter, „der nicht in den Reihen der Gemäßigten steht, sondern den die radikalen Ideen nicht erschrecken“, ernsthaft die Frage aufwarf, ob nicht die Arbeit der Wahlprüfungen der Kammer zu nehmen und an ein außerhalb derselben konstituirtes besonderes Gericht zu verweisen sei. Dieser Vorschlag sei zwar verwerflich, denn ein Verfassungsgesetz verleihe der Kammer das Recht, die Wahl ihrer Mitglieder zu prüfen, aber wenn der Antrag auch nicht annehmbar sei, so sei er doch gestellt worden und als Symptom der öffentlichen Meinung in diesem Augenblicke beachtenswerth.

#### Portugal.

**Lissabon, 4. Dez.** Es verlautet, Kaiser Dom Pedro werde acht Tage hier bleiben und sich dann in Cannes niederlassen. Der deutsche Dampfer „Tijuca“ ist hier aus Bahia mit Nachrichten eingetroffen, die bis zum 16. November reichen. Drei Tage vorher hatte das Schiff Rio de Janeiro verlassen. Die Nachricht von der Revolution hatte großes Aufsehen in Bahia verursacht, aber Alles war ruhig und die Bevölkerung wartete augenscheinlich den Lauf der Ereignisse ab. Die Truppen wurden in den Kasernen in Bereitschaft gehalten und warteten Befehle ab. Senhor Almeida Couto, der Präsident der Provinz Bahia, und Marschall Formes da Fonseca hielten eine Konferenz im Stadthause, deren Ergebnis von großen Massen der Einwohner ruhig abgewartet wurde. Die in Bahia bis zur Zeit der Abfahrt des „Tijuca“ eingegangenen Telegramme melden, daß nach der Ankunft Dom Pedro's von Petropolis Sr. Majestät eine Botsprechung mit General Deodoro da Fonseca forderte, welche verweigert wurde. Daraufhin suchten die Senatoren Dantas und Correa eine Unterredung mit dem

General nach, nach welcher sie dem Kaiser eröffneten, daß eine Republik erklärt worden sei, welche Mittheilung einen tiefen Eindruck auf den Kaiser machte. Ein späteres Telegramm aus Rio de Janeiro vom nämlichen Datum meldet, daß Dr. Manoel Victorino Pereira zum Gouverneur von Bahia ernannt worden sei.

#### Großbritannien.

**London, 4. Dez.** Wie der Londoner Korrespondent der „Yorkshire Post“ erfährt, bildete die neue irische Landakte in den letzten Tagen den Gegenstand der Berathungen des Kabinetts. Die Akte soll jetzt endgültig festgestellt sein und bezieht sich nicht nur auf die unruhigen Distrikte, sondern auch auf das loyale Ulster. In allen irischen Provinzen setzt sie die Pächter in den Stand, ihre Stellen zu kaufen, vorausgesetzt, daß der Gutsherr zum Verkaufe geneigt ist. Die Grundsätze der Ashbourne'schen Landakte sollen in umfassender Weise auch in dem neuen Gesetz verwirklicht werden, in besonderer Weise aber sollen die Lokalbehörden zur Durchführung der Maßregel herangezogen werden. („Freeman's Journal“ will wissen, daß der ursprüngliche Plan des Obersekretärs Balfour eine Auslage von 100 000 000 Pfd. St. erfordert haben würde. Die gegenwärtigen Grundlagen der Vorlage seien nach lebhaften Debatten im Ministerium angenommen worden.) — Der Marquis v. Hartington hielt eine Ansprache an eine Unionistenversammlung in Chesterfield, welche fast ausschließlich die irische Frage behandelte. Er bemerkte u. a., die Gladstone'sche Mehrheit auf Dringen ihrer parnamentarischen Bundesgenossen thäte, die Auflösung der Union sein dürfte. Die irische Frage sei allerdings jetzt nicht das dringliche, alles andere abjorbirende, peinliche Problem, welche es vor einiger Zeit war, aber das sei ausschließlich dem Dasein einer unionistischen Regierung zu verdanken. Das Gesetz erlasse jetzt seine Hauptobligationen mehr, als dies jetzt geschehen ist, und die Aufgabe der unionistischen Regierung sei es, dasselbe dies zu lehren, daß das Landgesetz die stärkere Macht sei, werden Ausnahmegeetze nicht länger erforderlich sein.

Die englische Presse folgt den Vorgängen auf der Brüsseler Antislavereikonferenz mit großer Aufmerksamkeit. Die Mittel, mit welchen dem Sklavenhandel am besten beigekommen sei, bespreche, schreiben die „Times“: „Man muß es gesehen, daß die völlige Vernichtung der schwachen Reime der Sklaverei, welche die Politik Ismail Pascha's im oberen Nilthal und der Äquatorialprovinz gesät hat, den menschenfreundlichen Hoffnungen auf Unterdrückung des Sklavenhandels einen starken Schlag versetzt hat, welcher kaum durch die langsam an's Licht tretende Einmüthigkeit Europas aufgewogen wird. Die dunkelsten Segender Afrika's sind uns nunmehr verschlossen, und wir müssen versuchen, den Sklavenhandel, so gut wie wir können, an anderen Orten angzugreifen. Die Brüsseler Konferenz hat einen Ausschuß eingesetzt, um über die Mittel zu berathen, wie der Sklavenhandel am besten an seinem Ursprunge zu bekämpfen ist. Wir wissen nicht, ob das Problem unter den obwaltenden Umständen dort am besten anzupacken ist. Vor Allem darf man Portugal keinen Vorwand geben, Fragen aufzuwerfen, welche nicht in den Bereich der Konferenz gehören. Der Sklavenhandel aber würde von selbst aufhören, wenn die Nachfrage aufhöre. Die letztere kommt von den Küstenanbiedlungen, besonders im Gebiete des Sultans von Sansibar und von den mohamedanischen Ländern jenseit des Indischen Ozeans. Den Sklavenhandel über das Wasser könnten die Seemächte, wenn sie wollten, schnell ausrotten. Es würde nicht nöthig sein, die mohamedanischen Mächte zu zwingen, die Sklaverei im Innern ihrer Länder abzuschaffen. Es genügt, wenn der Sklavenhandel zu Wasser für Seeübersee erklärt wird. Diese Politik hat England stets verfolgt, und die englischen Vertreter werden sie auch energisch der Konferenz empfehlen. Freilich muß Frankreich dann auch endlich die Durchsicherung der Schiffe nach Sklaven zulassen.“ Die Brüsseler Konferenz dürfte indessen doch über den Vorschlag der „Times“ wesentlich hinausgehen.

#### Rußland.

**St. Petersburg, 4. Dez.** Die Gerüchte von einem Umwohnen Seiner Majestät des Kaisers sind unbegründet. Der Kaiser ist vollständig wohl und wohnte gestern der Vorstellung von Rubinskins Oper „Gorjuscha“ bei. Wir theilten in voriger Nummer des Blts. mit, daß das „Journal de St. Petersburg“ die Nachricht der „Daily News“ von türkisch-russischen Allianzverhandlungen entschieden dementirt. Ein gleiches Dementi von türkischer Seite ist schon einige Tage früher von der „Agence Constantinople“ erlassen worden. Das richtigste Urtheil in der Sache scheint ein Berichterstatter der „Polit. Korresp.“ zu haben, indem er sagt: „Die „Daily News“ hat wohl die Form einer auswärtigen Meldung für den Ausdruck eines von Hrn. Gladstone gehegten Wunsches gewählt, der in der Gebietsabtretung von Armenien offenbar das geeignetste Auskunftsmitel zur Lösung dessen erblickt, was er die armenische Frage nennt. Der Denkart des Hrn. Gladstone mag allerdings die Angliederung eines Theiles von Türkisch-Armenien an Rußland als ein Erforderniß für das Wohl der Christen dieser Provinz erscheinen; dem Kabinet Salisbury liegt aber nichts ferner, als die Begünstigung einer derartigen Lösung. Die Vorstellungen, welche der englische Botschafter am Goldenen Horn, Sir W. A. White, wegen der Drangsale der Christen in Armenien erhob, wurden von der Pforte mit der Versicherung aufgenommen, daß sie nach Kräften bemüht sein werde, den berührten Uebelständen abzuhelfen; sie hat denn auch thatsächlich an die Behörden der mehrgenannten Provinz die entschiedensten Weisungen ergehen lassen, den gerechten Beschwerden der christlichen Bevölkerung Rechnung zu tragen.“

#### Amerika.

**Washington, 3. Dez.** In der gestrigen Sitzung der inter-



Neuer Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger in Stuttgart.

Sieben erschienen:

# Jahresringe.

Neue Gedichte von Hermann Lingg.

Mit dem Portrait des Dichters nach dem Original von Franz von Lenbach.

Ein Band von 27 Bogen in Oktav. Preis gebunden 4 5/6. In geschmackvollem Einband 4 6/6.

Zu beziehen durch die meisten Buchhandlungen. A. 455.

A. 445. 1. Nr. 2285. Donauessingen.

## Zwei Bautechniker,

die theoretisch wie praktisch geübt sein müssen, werden zum alsbaldigen Eintritt für Bureauarbeiten und zu Bauausführungen gesucht. Bei entsprechenden Leistungen kann langdauernde Beschäftigung in Aussicht gestellt werden. Bewerber wollen ihre Gesuche unter Anschließ beglaubigter Zeugnisabschriften und unter Angabe ihres Bildungsganges und ihrer Gehaltsansprüche spätestens bis 18. Dezember d. J. bei unterfertigter Stelle einreichen.

Fürstl. Fürstbergische Bauinspektion in Donauessingen.

A. 425. Marzdorf.

## Vacantes Stipendium.

Das Urban Viedel'sche Stipendium dahier mit jährlich 250 M., gestiftet für Schüler der Gymnasien, welche dem Studium der katholischen Theologie sich zuwenden beabsichtigen und das zwölfte Lebensjahr zurückgelegt, das achtzehnte aber noch nicht vollendet haben, ist seit 1. Oktober 1888 erledigt und soll wieder verliehen werden. Die Bewerber haben sich binnen 14 Tagen unter Vorlage ihrer Studien- und Sittenszeugnisse anher zu melden.

Marzdorf, den 30. November 1889.

Der Verwaltungsrath der Stipendien-Stiftungen zu Marzdorf:

G. Wieser, Mangold, Stadtpfarrer, Bürgermeister, Erzb.

**Bürgerliche Rechtspflege.**

A. 457. 1. Nr. 11.939. Karlsruhe. Die Gemeinde Viedolsheim, vertreten durch Rechtsanwält B. Baumhart dahier, klagt gegen die Witwe des Schneidemeisters Christian Heyl, Christiane, geb. Dürflinger, von Viedolsheim, s. Jt. in Amerika an unbekanntem Orten abwesend, aus einem laut Schuld- und Pfandurkunde vom 8. April 1882 von Metzgermeister Theodor Esser von Kusheim dem Christian Heyl Eheleuten abgegeben, zu 5 % verzinslichen Darlehen von 700 Gulden, für welches die Ehefrau Heyl mit chemischlicher Ermächtigung die Sammtverbindlichkeit übernommen hat und folgender auf ihren Namen im Grundbuche der Gemeinde Viedolsheim eingetragene Liegenschaften, nämlich:

1. die vordere Hälfte einer einhöfigen Behausung mit halber Scheuer, Stallung und Schweinestall in der Krebsgasse, damals neben Sebastian Zimmermann und der Hochfetter Straße, torirt zu 1100 Gulden;
2. ca. 50 Ruthen Hofraithe, worauf die Gebäude stehen, und Kochgärtchen, torirt zu 150 Gulden;
3. ein Viertel Acker im Mörchfeld, auf dem Bald und Höhe stehend, damals neben Förber Jr. Herbst und Daniel Hoerner's Erben, torirt zu 60 Gulden;

laut Eintrag im Unterpfandsbuch der Gemeinde Viedolsheim W Band IX, Seite 187, Nr. 262 zu Unterpfand eingetragt hat, mit der Behauptung, daß die genannte Forderung am 5. Januar 1870 von Esser an die Gemeinde Viedolsheim cedirt worden sei und daß die Ehefrau nach dem am 7. September 1877 erfolgten Tode ihres Ehemannes die genannte Schuld übernommen habe, sowie mit der ferneren Behauptung, daß die Zinsen nur bis Martini 1886 bezahlt worden seien und daher im Betrage von 105 Gulden = 180 M. ausstehen, mit dem Antrage, die Beklagte zu verurtheilen, der Klägerin 1380 M. nebst 5 % Zins aus 1200 Mark vom 11. November 1886 an und aus 180 M. vom Klageausstellungstage zu bezahlen oder von den in der Klage bezeichneten oben genannten Unterpfandsobjekten vorbehaltlos abzutreten, sowie das ergebende Urtheil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären, und ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die Civilkammer III des Gr. Landgerichts zu Karlsruhe auf

Donnerstag den 27. Februar 1890, Vormittags 8 1/2 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 30. November 1889.

Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts, Dr. Anspäcker.

Das dankbarste Festgebet für eine Hausfrau!

**Waschmaschinen,** in unübertroffener Güte. — Außer Stärkwäsche nichts mehr zu bügeln. Anerkennungs schreiben über die überraschende Leistung dieser Maschinen erhielt ich aus allen Gegenden des Großherzogthums Baden, dem Elsaß, Württemberg, Hessen, der Pfalz, Hohenzollern, der Schweiz u. Griechenland. Cataloge umsonst. Wilhelm Wolf, Eisenmöbel-Geschäft in Bühl i. Baden.

Weiter empfehle: **Waschring-Maschinen** bewährtester Systeme. NB. Frühzeitige Bestellung im Interesse des Auftraggebers geboten. A. 254. 3

Zum Besuche meiner nunmehr eröffneten und auf's reichhaltigste ausgestatteten

# Weihnachts-Ausstellung,

bestehend in Papier-, Schreib- und Zeichen-Materialien, Bronze-, Holz- und Lederwaren, darunter viele Neuheiten, erlaube ich mir hiermit höflichst einzuladen.

**Ludwig Erhardt**  
in Karlsruhe,  
Erbsprinzenstraße 27.

**Werger'sche Brauereigesellschaft.**

Die Actionäre werden hiermit zu der ordentlichen Generalversammlung eingeladen, welche Samstag den 28. Dezember 1889, Vormittags 11 1/2 Uhr, zu Worms in dem Geschäftslokale der Gesellschaft stattfinden wird.

**Tagesordnung:**

1. Bericht der Direction über das Geschäftsjahr 1888/89.
2. Bericht des Aufsichtsrathes.
3. Antrag auf Genehmigung der Bilanz und Beschlussfassung über die Gewinnvertheilung, sowie Entlassung der Direction und des Aufsichtsrathes.

Die Actionäre, welche an der Generalversammlung theilnehmen wollen, haben ihre Actien spätestens bis zum 23. Dezember d. J., Abends 6 Uhr, bei einer der nachstehenden Stellen zu hinterlegen, und zwar in Worms bei der Gesellschaftskasse, in Frankfurt a. Main bei der Deutschen Effecten- & Wechselbank oder dem Bankhause Witt & Lohmberg, in Karlsruhe bei dem Bankhause W. & Lohmberg & Söhne. Die Actionäre erhalten dagegen eine Bescheinigung über die hinterlegten Stücke, gegen deren Rückgabe dieselben ihnen nach der Versammlung wieder auszulösen sind, sowie die Eintrittskarte zur Generalversammlung.

Worms, den 4. Dezember 1889.

Die Direction:  
Karl Werger.

Um Imitation zu vermeiden, verlange man ausdrücklich:

# Düsseldorfer Punschsyrope

von Johann Adam Roeder,  
Hoflieferant Sr. Majestät des Königs von Preussen. A. 152. 1.

**Vermögensabsonderung.**

A. 441. Nr. 10.447. Trüberg. In Sachen der Ehefrau des Schneidemeisters Bernhard Kleijer, Elisabeth, geborne Fehrbach in Trüberg, gegen ihren Ehemann, wegen Vermögensabsonderung, hat das Gericht auf kläg. Antrag und gemäß § 40 des bad. Einf. Ges. zu den R. J. Ges. vom Jahr 1879 heute erkannt:

Die Klägerin wird für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzusondern, unter Verfallung des Beklagten in die Kosten des Verfahrens.

Trüberg, den 30. November 1889.

Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: J. Becker.

**Erbeinweisungen.**

A. 387. 2. Nr. 56.694. Mannheim. Die Witwe des verstorbenen Gärtners Paul Gerlach von hier, Christine Elisabeth, geb. Winter, hat um Einweisung in die Gewärb des Nachlasses ihres Ehemannes gebeten. Diefes Nichtsuche wird stattgegeben, falls nicht innerhalb 4 Wochen Einsprache erhoben wird.

Mannheim, den 28. November 1889.

Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: C. Wagenmann.

A. 447. 1. Nr. 15.900. Fahr. Bfette, geb. Förber, Ehefrau des Steinbauers Christian Surbeck von Fahr, hat um Einweisung in Besitz und Gewärb des Nachlasses dieses ihres Ehemannes gebeten.

Etwasige Einsprachen gegen dieses Gesuch sind binnen vier Wochen bei Gr. Amtsgericht dahier geltend zu machen, ansonst dem Gesuche stattgegeben wird.

Fahr, den 28. November 1889.

Der Gerichtsschreiber: Egeler.

A. 448. 1. Nr. 15.943. Fahr. Karoline, geb. Neunhöde, Witwe des David Wagner alt von Kürzell, hat dahier um Einweisung in Besitz und Gewärb des Nachlasses dieses ihres Ehemannes gebeten.

Etwasige Einsprachen gegen dieses Gesuch sind binnen vier Wochen beim Gr. Amtsgericht dahier geltend zu machen, ansonst dem Gesuche stattgegeben wird.

Fahr, den 30. November 1889.

Der Gerichtsschreiber: Egeler.

A. 391. 2. Nr. 13.847. Durlach. Die Witwe des Steinbauers Jacob Hermann in Grünwettersbach, Christine, geb. Heindl, hat um Einweisung

**Handelsregister-Einträge.**

A. 459. Nr. 7257. Bühl. In das Gesellschaftsregister wurde heute zu D. J. 54 zur Firma „E. Frey Söhne“ in Bühl eingetragen: Ehevertrag des Max Frey mit Elise Friedrich von Fahr, d. d. Fahr, 18. November 1889. Die Brautleute schließen ihr gegenwärtiges und künftiges Verbringen jeder Art, Vermögen und Schulden, von der Gütergemeinschaft aus, bis auf den Betrag von 100 Mark, welche jeder Theil von seinem fahrenden Vermögen der Gemeinschaft überläßt.

Bühl, den 2. Dezember 1889.

Gr. Amtsgericht: Stiehl.

A. 463. Nr. 10.229. Redarbischofsheim. Die Firma Jakob D. Reis in Wollensberg, D. J. 21 des Firmenregisters, ist erloschen.

Redarbischofsheim, 3. Dezbr. 1889.

Gr. Amtsgericht: Volkert.

**Aufforderung.**

A. 430. Gernsbach. Nachdem die Liste der Genossen für den Vorkehrverein Gernsbach, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht aufgestellt ist, werden gemäß § 165 und 168 des Reichsgesetzes vom 1. Mai 1889 die in der Liste aufgeführten Personen, welche behaupten, daß sie am 1. Oktober d. J., als dem Tage des Inkrafttretens des genannten Gesetzes, nicht Mitglieder der Genossenschaft gewesen sind oder daß ihr Ansehen nicht richtig in die Liste eingetragen ist, sowie die in derselben nicht aufgeführten Personen, welche behaupten, daß sie an dem bezeichneten Tage Mitglieder der Genossenschaft gewesen sind, aufgefordert, ihren Widerspruch gegen die Liste bis zum Ablauf der Ausschlußfrist von einem Monat schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers zu erklären.

Nach Ablauf der Ausschlußfrist ist für die Mitgliedschaft am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes und für das Aufheben in Folge vorher geschener Aufkündigung oder Ausschließung (§ 164 Abs. 2) der Inhalt der Liste maßgebend.

Einwendungen gegen die Liste bleiben den obengedachten Personen vorbehalten, sofern sie den Widerspruch gemäß obiger Aufforderung erklärt haben, oder hieran ohne ihr Verschulden verhindert waren, und binnen einem Monat nach Beilegung des Hindernisses den Widerspruch in obiger Form erklärt haben.

Gernsbach, den 30. November 1889.

Gr. Amtsgericht: Suffschild.

**Genossenschaftsregister-Einträge.**

A. 292. Nr. 8648. Waldkirch. In das Genossenschaftsregister wurde der Firmenzusatz: „eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht“ eingetragen bezüglich nachstehender Genossenschaften:

D. J. 2: Simonswälder Darlehens-Verein in Simonswald.

D. J. 3: Bleibacher Darlehens-Verein in Bleibach.

D. J. 4: Niederwindener Darlehens-Verein in Niederwinden.

Waldkirch, den 11. November 1889.

Gr. Amtsgericht: Speri.

A. 333. Nr. 14.901. Stodach. In D. J. 4 des Genossenschaftsregisters: Darlehens-Verein in Bodman e. G. mit unbeschränkter Haftpflicht wurde das den Vorschriften des Reichsgesetzes vom 1. Mai 1889 entsprechende Statut vom 6. Oktober 1889 eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Spar- und Darlehens-Vereins. Die Zeichnung für den Verein geschieht durch den Vorsteher und ein weiteres Vorstandsmitglied unter der Firma des Vereins; die Bekanntmachungen erfolgen im landwirtschaftlichen Wochenblatt.

Stodach, 27. November 1889.

Gr. Amtsgericht: Dr. Ottendörfer.

**Strafrechtspflege.**

**Ladungen.**

A. 393. 3. Nr. 11. 20.798. Mannheim. Der zu Effenbach am 10. Juli 1869 geborene, zuletzt dahier wohnhaft gewesene Bäder Philipp Ziegler, s. Jt. an unbekanntem Orten abwesend, wird beschuldigt, daß er als Strafgefangener ohne von seiner bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige ertheilt zu haben, ausgewandert sei. Uebertretung gegen § 360 Ziff. 3 R. St. G. B.

Derselbe wird auf Anordnung Gr. Amtsgerichts VI dahier zur Hauptverhandlung auf:

Samstag 11. Januar 1890, Vormittags 8 1/2 Uhr, vor das Schöffengericht dahier mit dem Anfügen geladen, daß er bei unentschiedenem Ausbleiben auf Grund der vom Königl. Landwehrbezirkskommando Heidelberg am 21. November 1889 ausgefertigten Erklärung werde verurtheilt werden.

Mannheim, den 30. November 1889.

Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Doerfl.

A. 350. 2. Nr. 22.915. Offenb. u. r. g.

1. Karl Erb, geb. 28. Juli 1867 in Jochenheim, zuletzt wohnhaft daselbst.
2. Edwin Jakob Kniep, geb. 11. 1867 in Himweil (Schweiz), heimatlich in Fahr, zuletzt wohnhaft in Fahr.
3. Franz Koch, geb. 2. September 1867 in Nonnenweier, zuletzt wohnhaft daselbst.

4. Anton Spitzmüller, geb. 29. Dezember 1867 in Oberchopstheim, zuletzt wohnhaft daselbst.
5. Karl Hafis, geb. 21. Dezember 1867 in Schutterzell, zuletzt wohnhaft daselbst.
6. Karl Schumacher, geb. 21. März 1867 in Bittelbach, zuletzt wohnhaft daselbst.
7. Karl Wäckerle, geb. 18. September 1866 in Hanfisch, zuletzt wohnhaft in Hornberg.
8. Josef Guillaume, geb. 13. April 1863 in Schlettstadt, zuletzt wohnhaft in Rehl.
9. Karl Burle, geb. 2. Februar 1863 in Luttenbach (Elsaß), zuletzt wohnhaft in Durbach,

welche angeklagt sind, als Wehrpflichtige, in den Dienst des liegenden Heeres oder der Flotte zu entsenden, ohne Erlaubnis entweder das Bundesgebiet verlassen zu haben oder nach erreichten militärlässigen Alter sich außerhalb des Bundesgebiets aufzuhalten (Vergehen gegen § 140 Ziff. 1 St. G. B.), werden zur Hauptverhandlung auf:

Mittwoch den 15. Januar 1890, Vormittags 9 Uhr, vor die Strafkammer des Gr. Landgerichts Offenb. u. r. g. vorgeladen, daß bei unentschiedenem Ausbleiben auf Grund der von den Gr. Amtsgerichtsbeamten Fahr und Wollach sowie von den Kais. Kreisdirektoren zu Schlettstadt und Colmar über die der Anlage zu Grunde liegenden Thatfachen gemäß § 472 St. G. B. ausgefertigten Erklärung zur Hauptverhandlung werde geschritten werden.

Offenb. u. r. g., den 26. November 1889.

Gr. Staatsanwalt: Jolly.

**Emendationen.**

## Bekanntmachung.

Zur Fortführung der Vermessungs- und Lagerbücher nachfolgender Gemarkungen ist im Einverständnis mit den Gemeinderäthen der beteiligten Gemeinden Tagfahrt jeweils auf dem Rathhause der betr. Gemeinde anberaumt, und zwar für die Gemarkung:

**Wörtetten,** Dienstag den 17. Dezember l. J., Vormittags 9 Uhr.

**Denzingen,** Donnerstag den 19. Dezember l. J., Vormittags 9 Uhr.

**Holzhausen,** Montag den 23. Dezember l. J., Vormittags 9 Uhr.

**Neuthe,** Montag den 30. Dezember l. J., Vormittags 9 Uhr.

Die Grundeigentümer werden hienzu mit dem Anfügen in Kenntnis gesetzt, daß das Verzeichniß der seit der letzten Fortführung eingetragenen Veränderungen bekannt gewordenen Veränderungen im Grundeigentum während acht Tagen vor dem Fortführungsstermin zur Einsicht der Beteiligten auf dem Rathhause aufgelegt: etwaige Einwendungen gegen die in dem Verzeichniß vorgemerkten Veränderungen in dem Grundeigentum und deren Beurkundung im Lagerbuch sind dem Fortführungsbeamten in der Tagfahrt vorzutragen.

Die Grundeigentümer werden gleichzeitig aufgefordert, die seit der letzten Fortführung in ihrem Grundeigentum eingetragenen, aus dem Grundbuch nicht richtiglichen Veränderungen dem Fortführungsbeamten in der bezeichneten Tagfahrt anzumelden. Ueber die in der Form der Grundstücke eingetragenen Veränderungen sind die vorgeschriebenen Handriffe und Messurfunden vor der Tagfahrt bei dem Gemeinderath oder in der Tagfahrt bei dem Fortführungsbeamten abzugeben, widrigenfalls dieselben auf Kosten der Beteiligten von Amtswegen beschafft werden müßten.

Emendationen, 4. Dezember 1889.

Der Fortführungsbeamte: Bezirksgeometer J. Fuhrmann.

**Bekanntmachung.**

Mit höherer Ermächtigung wird zur Aufstellung des Lagerbuchs der Gemarkung **Walsburg** Tagfahrt auf Dienstag den 10. Dezember d. J. auf das Rathhause zu Walsburg anberaumt.

Die Grundeigentümer dieser Gemarkung werden hienzu in Kenntnis gesetzt und bezugnehmend auf Art. 7 der Allhöchsten Landesherlichen Verordnung vom 11. September 1883 (Reg.-Blatt 1883, Nr. 20, S. 293) aufgefordert, die zu Gunsten ihrer Liegenschaften bestehenden Grunddienstbarkeiten unter Aufsicht der Rechtsurkunden in anberaumter Tagfahrt zum Eintrag in das Lagerbuch anzumelden.

Müllheim, den 3. Dezember 1889.

Der Lagerbuchsbeamte: Fr. W. Meyer.

## Ruß- und Brennholz-Verkauf.

A. 467. 1. Nr. 2072. Die Gr. bad. Bezirksforstei Stodach versteigert aus Domänenwaldungen im Wege schriftlichen Angebots auf dem Stode

**Stodach** den 17. Dezember d. J. in Stodach: 250 Nichtenstämme, 200 Ster buckene Nugholzrollen, 600 Ster buckenes Schitt- und Brigelholz. — Kaufliebhaber werden auf Verlangen genaue Forstverzeichnisse mit den wichtigsten Bedingungen unentgeltlich zugesellt.

(Mit einer Beilage und einem Prospekt Patent-Walzmühle „Vadenia“ von Karl Schmidt in Karlsruhe.)